

Niederschrift

Öffentliche Sitzung des Kulturausschusses

am Donnerstag, 02.02.2017 von 16:30 Uhr bis 17:36 Uhr in: Sitzungssaal Neues Rathaus,
D.-Martin-Luther-Straße 1

Zu Beginn der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass sämtliche Mitglieder des Ausschusses ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

Die anwesenden Stadtratsmitglieder sind aus der Anwesenheitsliste ersichtlich.

Als Berichterstatterin war anwesend: Fr. Lang

Anwesende:

Frau Bernadette Dechant -
Herr Walter Erhard -
Frau Irmgard Freihoffer -
Herr Dr. Tobias Hammerl -
Frau Evelyn Kolbe-Stockert -
Herr Michael Lehner -
Frau Christa Meier -
Herr Horst Meierhofer -
Frau Margot Neuner -
Frau Kerstin Radler -
Herr Benedikt Suttner -
Herr Erich Tahedl -
Frau Katja Vogel -

Abwesende:

Herr Dr. Armin Gugau -
Herr Markus Jobst -
Frau Margit Kunc -
Herr Joachim Wolbergs -

Vertretung: Fr. Stadträtin Schmidl

Vertretung: Fr. Stadträtin Bogner

Vertretung: Fr. Stadträtin Simon

Vertretung: Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Wissenschaftliche Erforschung des Kriegsendes 1945 in Regensburg - Zwischenbericht
Vorlage: VO/16/12776/RIV
Berichterstatter/in: Kulturreferent Unger

- 3 175-jähriges Jubiläum "Eröffnung der Walhalla"
Vorlage: VO/17/12822/RIV
Berichterstatter/in: Kulturreferent Unger

- 4 "Bayernfest 2018 anlässlich 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern" in Regensburg
Vorlage: VO/16/12781/41
Berichterstatter/in: Kulturreferent Unger

- 5 Bestellung der Mitglieder für die Kommission "Kunst und Bauen"
Vorlage: VO/16/12050/44
Berichterstatter/in: Kulturreferent Unger

- 6 Provenienzforschung an den Museen der Stadt Regensburg
Vorlage: VO/16/12788/44
Berichterstatter/in: Kulturreferent Unger

- 7 Sachstandsbericht der städtischen Museen und Sammlungen zum Thema NS-Raubkunst;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13.01.17
Vorlage: VO/17/12830/44
Berichterstatter/in: Kulturreferent Unger

zu 2 Wissenschaftliche Erforschung des Kriegsendes 1945 in Regensburg - Zwischenbericht
Vorlage: VO/16/12776/RIV

Diskussion:

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer weist darauf hin, im Beschlussvorschlag werde eine redaktionelle Änderung vorgenommen; es müsse „zur wissenschaftlichen Erforschung“ heißen.

Fr. Stadträtin Freihoffer kritisiert, der vorliegende Zwischenbericht sei wenig aussagekräftig. Zwar seien in den letzten zwei Jahren viele Archive besucht worden; dies habe zweifellos viel Zeit in Anspruch genommen. Ergebnisse seien aber noch nicht ersichtlich. Nun hofft sie auf einen ausführlichen Abschlussbericht im Jahr 2018.

Fr. Stadträtin Neuner schließt sich dem an. Ferner erkundigt sie sich, wann mit einem endgültigen Ergebnis zu rechnen sei.

Hr. Stadtrat Tahedl fragt, ob ein Abschlussbericht vertraglich vereinbart worden sei.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer informiert, der Vertrag mit der Universität habe eine Laufzeit bis 28.02.2018. Sie geht davon aus, dass das Forschungsvorhaben mit einem Bericht abgeschlossen werde. Auch wenn die vorliegende Beschlussvorlage nicht sehr umfangreich sei, könne man die aufwändigen Recherchearbeiten nachverfolgen und Zwischenergebnisse erkennen.

Hr. Unger ergänzt, da man sich mitten in den Forschungsarbeiten befinde, könnten noch keine konkreten Resultate vorgelegt werden. Er versichert, nach Abschluss des Projekts würden die Ergebnisse gemeinsam von der Stadt und der Universität Regensburg öffentlich vorgestellt werden; die Abhandlung erfolge nicht nur im universitären oder wissenschaftlichen Bereich.

Beschluss:

Der Kulturausschuss nimmt den Zwischenbericht zur wissenschaftlichen Erforschung des Kriegsendes 1945 in Regensburg zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 3 175-jähriges Jubiläum "Eröffnung der Walhalla"
Vorlage: VO/17/12822/RIV

Diskussion:

Hr. Stadtrat Meierhofer erkundigt sich nach der Aufteilung der Kosten für die einzelnen Kommunen.

Hr. Unger antwortet, die Kommunen übernehmen lediglich organisatorische Sach- und Dienstleistungen, beispielsweise die Bereitstellung von Sicherheitspersonal und Feuerwehr. Direkte Kosten fielen nicht an. Finanziert werde die Jubiläumsfeier durch Spenden und Sponsorengelder der Schifffahrtsunternehmen.

Beschluss:

Der Kulturausschuss beschließt, dass die Stadt Regensburg, vertreten durch das Kulturreferat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Donaustauf und Barbing eine Feier zum 175-jährigen Jubiläum der Eröffnung der Walhalla ausrichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Feierlichkeiten in Kooperation mit den beiden Kommunen zu organisieren und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

**zu 4 "Bayernfest 2018 anlässlich 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern" in Regensburg
Vorlage: VO/16/12781/41**

Diskussion:

Fr. Stadträtin Neuner befürchtet, dass eine neu geschaffene Vollzeitstelle nicht ausreiche, um das umfangreiche Fest zu koordinieren. Zudem seien die Gesamtkosten in Höhe von 405.000 EUR unrealistisch. Allein für das Programmhilighlight würden 300.000 EUR veranschlagt, aber es seien weder die Kosten für das Personal, die Räume oder die Infrastruktur aufgeführt.

Schließlich stellt sie fest, laut Vorlage solle die Stadt Regensburg den Innenhof des Thon-Dittmer-Palais bespielen. Sie möchte wissen, ob das Programmhilighlight dort stattfinden und die 300.000 EUR ausschließlich dafür ausgegeben würden.

Fr. Stadträtin Simon fragt, wie das kulturelle Programmhilighlight aussehe. Außerdem erkundigt sie sich, um welche Organisation es sich bei dem „Wertebündnis Bayern“ handle, das für das Kinderfest als Subträger fungieren solle.

Fr. Stadträtin Freihoffer meint, die „Zukunftsmeile“ müsse um die Aspekte der Geistesgeschichte und der Entwicklung der Demokratie ergänzt werden. Die Zukunft bestehe nicht ausschließlich aus innovativen Unternehmen, auch wenn diese wichtig seien.

Weiterhin plädiert sie dafür, bei dem Fest auf Nachhaltigkeit zu achten. Die Standbetreiber sollten regionale und fair gehandelte Produkte anbieten. Zum geplanten Programmhilighlight und den Gesamtkosten bittet sie ebenfalls um nähere Erläuterungen.

Hr. Stadtrat Tahedl betont, das Fest dürfe keine Wiederholung von bestehenden oder vergangenen Festen sein, sondern müsse einen eigenen Charakter besitzen. Er denkt aber, die Bayerische Staatskanzlei werde hierzu entsprechende Vorgaben machen und Ideen einbringen. Ferner fragt er, wer – neben der Stadt Regensburg – Personal für die Organisation des Festes bereitstelle.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer informiert, es handle sich um einen Festakt des Freistaates Bayern, bei dem die Stadt Regensburg als Gastgeber fungiere und ein kulturelles Highlight präsentiere.

Hr. Unger bestätigt, der Veranstalter sei die Bayerische Staatskanzlei. Diese organisiere das Fest gemeinsam mit einer Agentur. Die Stadt Regensburg könnte die Organisation weder zeitlich noch personell schultern. Daher solle seitens der Stadt lediglich ein Ansprechpartner für die Koordination zur Verfügung gestellt und ein Programmhilighlight beigesteuert werden. Als Highlight könnte an zentraler Stelle, beispielsweise am Museum der Bayerischen Geschichte oder am Dom, abends eine Licht- und Lasershow präsentiert werden. Im Innenhof des Thon-Dittmer-Palais hingegen finde das Regensburg-Programm statt. Für jeden Platz gebe es – wie beim Bürgerfest – einzelne verantwortliche Organisatoren. Wahrscheinlich seien für die Plätze die bayerischen Bezirke verantwortlich und müssten die entsprechenden Platzbetreiber auswählen. Die Stadtverwaltung bestimme nur die Standorte der Bühnen sowie der Feuerwehruzufahrten und nenne die Möglichkeiten für Strom- und Wasseranschlüsse. Die heutige Vorlage zeige das grobe Konzept mit den ersten Ideen auf. Für das gesamte Fest rechne die Bayerische Staatsregierung mit Kosten im sechs- bis siebenstelligen Bereich. Alle Angaben seien noch unverbindlich.

Hr. Stadtrat Dr. Hammerl kann nicht nachvollziehen, weshalb im Jahr 2018 das Jubiläum „200 Jahre Verfassungsstaat“ gefeiert werde. Seines Wissens habe die Bayerische Konstitution am 1. Mai 1808 stattgefunden. Die Verfassung von 1818 baue inhaltlich auf dieser Konstitution auf. Er erkundigt sich daher, ob die Bayerische Staatsregierung der unter napoleonischem Einfluss entstandenen Konstitution weniger Gewicht beimesse wie der Verfassung

von 1818. Zudem müsse im Jahr 2018 vielmehr das Jubiläum „100 Jahre Freistaat Bayern“ gefeiert werden, da der Sozialist Kurt Eisner diesen im Jahr 1918 gegründet habe.

Hr. Unger entgegnet, das Jubiläum „100 Jahre Freistaat Bayern“ werde voraussichtlich im Herbst 2018 in München gefeiert. Die Frage bezüglich des Datums leite er an die Bayerische Staatskanzlei weiter.

Hr. Stadtrat Suttner möchte wissen, inwieweit das Thema „Bayerische Verfassung“ in den einzelnen Meilen aufgegriffen werde. Es sei wichtig, Bildungsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen zu betreiben. Die Präsentation der einzelnen Bezirke hält er für sinnvoll.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer äußert, am Alten Kornmarkt sei eine „Präsentationsmeile der Verfassungsorgane“ geplant. Dort werde der Bildungsauftrag sicherlich aufgegriffen. Sie stellt klar, die Vorlage stelle eine Grobkonzeption der Bayerischen Staatskanzlei dar. Die Stadt Regensburg beteilige sich nur daran. Vorschläge zur Organisation seien zwar möglich, aber die Details lege der Veranstalter fest.

Hr. Unger bestätigt dies.

Fr. Stadträtin Freihoffer empfiehlt trotzdem, die geistesgeschichtliche Komponente aufzugreifen. Das vorliegende Konzept sei oberflächlich; das Fest solle nicht nur der Selbstdarstellung dienen.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer verdeutlicht, heute beschließe man über den Umfang der Kooperation mit der Bayerischen Staatskanzlei. Eine inhaltliche Diskussion zum Konzept sei daher nicht möglich. Diesbezügliche Anregungen müssten direkt an den Veranstalter herangetragen werden. Lediglich Vorschläge hinsichtlich des Programmhightlights könnten eingebracht werden.

Fr. Stadträtin Neuner bittet um einen Zwischenbericht, bevor das Fest stattfinde. Darin sollten auch die voraussichtlichen Kosten enthalten sein. Die Auflistung auf der letzten Seite der Vorlage halte sie für unvollständig.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sichert einen entsprechenden Bericht zu.

Hr. Stadtrat Meierhofer fragt, ob das Programmhightlight im Innenhof des Thon-Dittmer-Palais inszeniert werde. Die Kosten dafür seien verhältnismäßig hoch, zudem fänden dort nicht viele Leute Platz. Ferner gibt er zu bedenken, dass die Unterstützung durch städtische Mitarbeiter ebenfalls Ausgaben verursache.

Hr. Unger sagt, er rechne mit Kosten von 405.000 EUR für den städtischen Koordinator, das Programmhightlight und die Bespielung des Thon-Dittmer-Palais. Dies erscheine zwar zunächst hoch, aber es solle ein hochwertiges Event veranstaltet werden, welches bei den Bürgern Eindruck hinterlasse. Sobald das Konzept fertig sei, erfolge ein ausführlicher Zwischenbericht.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fasst zusammen, die Stadt Regensburg beteilige sich mit einem kulturellen Programmhightlight sowie der Gestaltung des Programms im Innenhof des Thon-Dittmer-Palais.

Hr. Stadtrat Suttner erkundigt sich, ob die Personalkosten bereits einkalkuliert seien.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer verweist auf die Auflistung auf der letzten Seite. Die Kosten für die neue Kontaktstelle seien ein Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Kulturausschuss empfiehlt:

1. Am 26. und 27. Mai 2018 findet ein „Bayernfest 2018 anlässlich 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern“ in Regensburg (Arbeitstitel) statt, veranstaltet von der Bayerischen Staatsregierung, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, in Zusammenarbeit mit der Stadt Regensburg.
2. Hierfür soll möglichst schnell eine Kontaktstelle als Ansprechpartner für die Bayerische Staatskanzlei auf Kosten der Stadt Regensburg im Kulturreferat, befristet bis zum 31.07.2018, eingerichtet werden. Die hierfür erforderlichen stellenplanmäßigen Voraussetzungen im Umfang einer Vollzeitstelle sollen im Rahmen des Nachtragshaushalts 2017 geschaffen werden.
3. Die Stadt Regensburg beteiligt sich zusätzlich in Form der Übernahme eines kulturellen Programmhightlights im Rahmen des Festprogramms sowie der programmatischen Gestaltung eines zentralen Ortes, nämlich des Innenhofes im Thon-Dittmer-Palais. Die Kosten hierfür, die voraussichtlich ca. 300.000 Euro betragen, werden von der Stadt Regensburg übernommen und im Haushaltsplan 2018 zur Verfügung gestellt.
4. Die Stadt Regensburg verzichtet auf die Verrechnung grundstücks- und gebäudebezogener Kosten für das Büro an den Freistaat Bayern und trägt die Sondernutzungsgebühren für alle beim Fest genutzten öffentlichen Verkehrsflächen (für interne Verrechnung werden Ansätze für das Kulturamt eingestellt).
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die dafür notwendigen Maßnahmen zu tätigen und die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 5 Bestellung der Mitglieder für die Kommission "Kunst und Bauen"
Vorlage: VO/16/12050/44

Diskussion:

Hr. Stadtrat Meierhofer bittet um Erläuterungen zur Zusammensetzung des Gremiums und den Auswahlkriterien für dessen Mitglieder.

Fr. Stadträtin Neuner zitiert aus der Beschlussvorlage den Satz „Für Hrn. Prof. Dr. Dünninger wurde ein Nachfolger benannt.“ Sie meint jedoch, Hr. Prof. Dr. Dünninger sei nie Mitglied der Kommission gewesen, zumindest werde er in vergangenen Protokollen nicht als Teilnehmer aufgeführt.

Sie weiß, unter anderem gehöre ein Vertreter der Regensburger Galerien zu den Mitgliedern. Jedoch habe in den letzten zehn Jahren nur einmal ein Vertreter der Galerien den Sitzungen beigewohnt, nämlich Hr. Harald Raab. Daraus schließe sie, dass bei den Galeristen offensichtlich kein Interesse an dieser Kommission bestehe.

Hr. Stadtrat Suttner erkundigt sich, ob die Galerien einen ständigen Vertreter entsandt hätten oder ob die Sitzungseinladungen allen Galerien zugegangen seien. Er zeigt sich verwundert, dass in den letzten zehn Jahren nur einmal ein Vertreter der Galerien teilgenommen habe und fragt nach den Gründen hierfür. Seines Erachtens sollten die Galeriebetreiber als Experten durchaus an der Kunst im öffentlichen Raum interessiert sein.

Ferner möchte er wissen, wie die Kommissionen in anderen Kommunen zusammengestellt würden. Möglicherweise könne man sich danach erkundigen und ggfs. das Verfahren anpassen. Dem heutigen Beschlussvorschlag stimme er zu.

Hr. Unger führt aus, die CSU-Stadtratsfraktion habe Fr. Stadträtin Dechant als Kommissionsmitglied und Hrn. Prof. Dr. Dünninger als Stellvertreter benannt. Da Fr. Stadträtin Dechant an jeder Sitzung teilgenommen habe, sei Hrn. Prof. Dr. Dünninger nie erschienen. Nach dessen Ableben sei kein Nachfolger bestimmt worden; dies werde nun nachgeholt. Die Protokolle und Beschlüsse zur ehemaligen Besetzung werde er den Ausschussmitgliedern aushändigen, um etwaige Missverständnisse zu beseitigen.

Fr. Stadträtin Neuner meint dennoch, Hr. Prof. Dr. Dünninger sei kein Mitglied gewesen.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sichert zu, der letzte Satz im Sachverhalt werde gestrichen. Die Beschlussvorlage stehe dann ohne diesen zur Verfügung. Für den Beschluss ergäben sich daraus keine Auswirkungen.

Hr. Unger stimmt dem zu. Hinsichtlich der Vertreter der Galerien berichtet er, Fr. Marianne Schönsteiner-Mehr sei zu jeder Sitzung eingeladen worden. Er bestätigt, dass ihr Stellvertreter, Hr. Harald Raab, nur einmal teilgenommen habe. Er werde dies nochmals mit den Vertretern der Galerien besprechen, möglicherweise im Rahmen des neuen Arbeitskreises im Kultur- und Kreativzentrum.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer äußert, die Mitglieder der Kommission „Kunst und Bauen“ seien auf der Grundlage eines Beschlusses bestimmt worden. Für eine Änderung bedürfe es eines weiteren Beschlusses. Weshalb bisher kein Vertreter der städtischen Galerien teilgenommen habe, entziehe sich ihrer Kenntnis.

Beschluss:

Der Kulturausschuss empfiehlt:

Für die Kommission Kunst und Bauen werden folgende Stadtratsmitglieder entsandt.

Mitglieder:	Stellvertretung:
Neuner Margot	Meier Christa
Dechant Bernadette	Dr. Josef Zimmermann
Huber Jürgen	Mistol Jürgen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 6 Provenienzforschung an den Museen der Stadt Regensburg
Vorlage: VO/16/12788/44

Diskussion:

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer verbindet TOP 6 und TOP 7 zur gemeinsamen Beratung.

Fr. Stadträtin Neuner hält dies für sinnvoll. Denn mit diesem Bericht liege die Antwort auf den Antrag vor.

Über die Aussage „Das Historische Museum Regensburg blickt auf eine Geschichte von fast 90 Jahren zurück“ zeigt sie sich verwundert. Ihren Recherchen zufolge sei der Konservator Walter Boll im Jahre 1931 mit der Gründung eines Stadtmuseums beauftragt worden. Jedoch habe man die ursprünglichen Planungen geändert und Hr. Boll im Jahre 1935 aufgefordert, ein Ostmark-Museum einzurichten. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes sei Walter Boll von den Amerikanern aus dem Dienst entfernt und 1948 wieder eingestellt worden. Im Jahre 1949 habe schließlich die Eröffnung des Städtischen Museums in Regensburg stattgefunden. Demzufolge blicke das Historische Museum noch nicht auf eine 90jährige Geschichte zurück, doch vermutlich gebe es hier unterschiedliche Auffassungen.

Darüber hinaus habe sie gelesen, dass beispielsweise in München einige Museumsmitarbeiter Informationen bezüglich jüdischer Objekte an die Gestapo weitergegeben hätten. Daher stellt sie sich die Frage, ob in Regensburg ähnlich vorgegangen worden sei, wer die Werke ausgesucht und aufgekauft habe. Sie erkundigt sich außerdem, was mit den 30 möglicherweise belasteten bzw. den drei belasteten Objekten aus dem Auktionshaus Weinmüller geschehen sei.

Des Weiteren möchte sie wissen, ob jüdische Kulturgüter wie Teppiche, Bilder oder Möbel auch in städtischen Gebäuden oder bei Regensburger Bürgern zu finden seien. Schließlich habe die Plünderung der Juden nicht nur im Geheimen stattgefunden, sondern unter den Augen der Gesellschaft, wie man an den Verkaufsaktionen in der Walhalla-Turnhalle erkennen könne.

Hr. Unger räumt ein, es sei durchaus möglich, dass manche Objekte in städtischen Gebäuden untergebracht worden seien. Aus einigen Unterlagen gehe beispielsweise die Stadt Regensburg als Käufer von Möbeln oder Gemälden hervor. Eindeutig nachvollziehen könne man dies allerdings nicht, die Situation sei kompliziert.

Seines Wissens seien in den 40er Jahren Trachtenschmuck aus jüdischem Besitz sowie liturgische Geräte der Regensburger Synagoge ins Museum gekommen. Die liturgischen Utensilien seien bereits 1999 an die jüdische Gemeinde zurückgegeben worden. Da man für den Trachtenschmuck keinen Eigentümer gefunden habe, sei dieser im Museum verblieben. Im Rahmen der Initiative mit der Landesstelle der nichtstaatlichen Museen werde nun die gesamte Thematik von Inventarisatorinnen neu aufgerollt und mit maximaler Transparenz systematisch abgearbeitet. Alle gefundenen Objekte würden auf der Internetdatenbank „Lost Art“ eingestellt, um deren Eigentümer aufzuspüren. Sämtliche Kontakte würden sorgfältig überprüft. Er plädiert dafür, grundsätzlich alle zuordenbaren Objekte umgehend an die Eigentümer auszuhändigen. Zweifellos müsse dies in Zusammenarbeit mit den juristischen Instanzen sowie dem Stadtrat geschehen, welcher im Einzelfall über die Rückgabe entscheide. Falls der Eigentümer die Gegenstände nicht wolle, müsse man über eine Dauerleihgabe oder einen Ankauf verhandeln. Auch Hinweisen aus der Bevölkerung werde man nachgehen. Beispielsweise habe Fr. Waltraud Bierwirth mitgeteilt, sie habe möglicherweise eine Liste über in Regensburg versteigerte Objekte gefunden. Anhand dieser Liste könne rekonstruiert werden, ob es eventuell Möbel aus jüdischem Besitz in städtischen Gebäuden gebe. Erfreulicherweise stehe nun das erforderliche professionelle Personal zur Verfügung, um die Liste Zug um Zug abzuarbeiten.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bittet Fr. Lang, die zuständige Mitarbeiterin des Historischen Museums, um Erläuterung zur weiteren Vorgehensweise.

Fr. Lang bestätigt, das Historische Museum arbeite eng mit der Landesstelle für die nicht-staatlichen Museen in Bayern zusammen. Der erste Anhaltspunkt für weitere Nachforschungen seien die Inventarbücher des Museums. Ergäben sich daraus neue Erkenntnisse, suche man sowohl die regionalen als auch die staatlichen Archive auf, um die Eigentümer zu ermitteln. Über die Kataloge des Auktionshauses Weinmüller gebe es seitens der Ludwig-Maximilians-Universität und des Zentralinstituts für Kunstgeschichte in München bereits erste Ergebnisse, auf die man nun aufbauen könne.

Hinsichtlich der Geschichte des Museums räumt sie ein, strenggenommen sei das Museum erst in der Nachkriegszeit eröffnet worden. Da die ersten aktiven Ankäufe von Kunstwerken jedoch bereits 1929 erfolgten, gehe die Provenienzforschung von einer knapp 90jährigen Museumsgeschichte aus.

Ferner berichtet sie, die 30 möglicherweise belasteten Objekte der Weinmüller-Liste müssten anhand der vorliegenden annotierten Auktionskataloge weiterbearbeitet werden. Bedauerlicherweise seien darin teilweise Namen aufgelistet, die man nicht zuordnen könne. Auch Namenskürzel seien oftmals verwendet worden, was die Nachforschungen zusätzlich erschwere. Gemeinsam mit der Landesstelle sowie dem Forschungsverbund Provenienzforschung Bayern sowie anhand weiterer Archivrecherchen versuche man, die Kürzel zu entschlüsseln. Über neue Ergebnisse werde der Stadtrat umgehend informiert.

Fr. Stadträtin Freihoffer bedauert, dass mit der Aufarbeitung erst spät begonnen worden sei. Viele der ursprünglichen Eigentümer seien mittlerweile verstorben und es werde mit jedem Jahr schwieriger, Angehörige zu finden. Dennoch lobt sie den vorliegenden Bericht.

Fr. Stadträtin Meier teilt mit, die eben erwähnte Fr. Bierwirth werde Ende März ein Buch mit dem Titel „Die Firma ist entjudet“ veröffentlichen. Von ihrem Mann, Hrn. Dr. Klaus Himmelstein, erscheine im Herbst ebenfalls ein Buch mit dem Thema „Jüdische Lebenswelt in Regensburg: Vergangenheit und Gegenwart“. Sie schlägt vor, die beiden Veröffentlichungen bzw. das Ehepaar für die weiteren Nachforschungen hinzuzuziehen.

Hr. Unger versichert, dies sei beabsichtigt.

Hr. Stadtrat Suttner bittet ebenfalls um Informationen zu Walter Boll. Es sei wichtig, mehr über ihn zu erfahren, schließlich handle es sich um einen bedeutenden Mann der Regensburger Stadtgeschichte.

Hr. Unger äußert, die Rolle des Hrn. Boll im Dritten Reich könne er nicht beurteilen. Allerdings erzählt er, Walter Boll habe im Jahre 1943 einen Juden in einem steinernen Sarg in der Minoritenkirche vor der Gestapo versteckt und ihm somit das Leben gerettet.

Fr. Stadträtin Freihoffer merkt an, die Vorlage befasse sich ausschließlich mit Raubkunst, die ins Eigentum der Stadt gelangt sei. Jedoch werde beschrieben, dass es damals in Regensburg zu regelrechten Schnäppchenjagden gekommen sei. Sie fragt daher, ob es jemals eine städtische Initiative gegeben habe, um die Objekte in Privatbesitz zurückzuverfolgen.

Hr. Unger erwidert, dies sei nicht Aufgabe der Stadt Regensburg.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer betont, die Stadt unternehme alles Notwendige, um die Herkunft der jüdischen Kulturgüter in ihrem Besitz aufzuarbeiten. Die Vorgehensweise sei vorbildlich. Zweifellos könne man an die Menschen appellieren. Allerdings bleibe es jedem Einzelnen überlassen, wie er sich diesbezüglich verhalte. Die Stadt könne in diesem Fall nichts unternehmen, derartige Initiativen seien ihr auch nicht bekannt.

Fr. Stadträtin Neuner verweist auf das Zitat von Fr. Dr. Pellengahr im Antrag der SPD-Stadtratsfraktion. Man müsse auch untersuchen, ob die Eigentümer der Gegenstände erpresst

oder beraubt worden seien. Zudem heiÙe es stets, nur die Nazis hätten dies getan. Aber ihrer Meinung nach sei dies nicht zutreffend, normale Bürger hätten sich ebenso bereichert. Überdies berichtet sie, im Jahre 1937 habe Hitler Regensburg besucht. Um für diese Veranstaltung einen groÙen Versammlungsraum zu haben, sei damals die Minoritenkirche renoviert worden. Zuständig für die Feier sei Hr. Walter Boll gewesen. Dies habe sie in Helmut Halters Buch „Stadt unterm Hakenkreuz“ gelesen.

Hr. Unger entgegnet, während des Nationalsozialismus sei eine Büste des Anton Bruckner in der Walhalla aufgestellt worden. Auf der Walhalla sei aber kein Fest im groÙen Stil möglich gewesen, daher habe man die Feierlichkeiten im Rahmen des Brucknerfestes in der Minoritenkirche abgehalten. Aus diesem Grund sei die Kirche 1937 renoviert worden.

Fr. Stadtratin Neuner fragt, ob die Angaben in Helmut Halters Buch demnach falsch seien.

Hr. Unger antwortet, der Anlass für den Besuch Hitlers sei das Brucknerfest gewesen. Es habe beides stattgefunden, das eine schlieÙe das andere nicht aus. Die Angaben Helmut Halters seien sicherlich korrekt.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer stimmt Fr. Stadtratin Neuner zu: Die Juden seien nicht nur von den Nazis enteignet worden, sondern auch von normalen Bürgern. Gewiss wäre es klüger gewesen, unmittelbar nach dem Krieg mit der Aufarbeitung zu beginnen. Trotzdem hält sie es für richtig, jetzt mit den gründlichen Nachforschungen fortzufahren. Sie geht davon aus, die individuelle Geschichte der Objekte spiele dabei eine wichtige Rolle. Allerdings bezweifelt sie, dass Erpressungen schriftlich dokumentiert worden seien.

Fr. Stadtratin Freihoffer gibt zu, sicherlich könne die Stadt Regensburg den Privatpersonen nicht vorschreiben, jüdische Kunstgegenstände herauszugeben oder deren Herkunft zu erforschen. Dennoch sei ein Appell an die Bürger/-innen möglich. Gleichzeitig sollte die öffentliche Hand eine entsprechende Unterstützung anbieten.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer informiert, auch Privatpersonen könnten ihre Objekte in die Internet-Datenbank „Lost Art“ einstellen. Dort seien nicht nur Gegenstände aus öffentlichem Besitz oder Museen gelistet.

Fr. Lang bestätigt dies. Die Internetseite sei auch für Privatpersonen zugänglich und beinhalte sowohl Fund- als auch Suchmeldungen.

Fr. Stadtratin Neuner erkundigt sich, ob die Stadt Regensburg die Untersuchungsergebnisse in Buchform veröffentliche. Dies halte sie für wünschenswert, zumal in München so verfahren worden sei.

Hr. Unger denkt, München und Regensburg seien in diesem Fall nicht vergleichbar. Je nachdem, wie umfangreich die Ergebnisse ausfielen, würden diese aber mittels einer Publikation der Öffentlichkeit vorgestellt.

Beschluss:

Der Kulturausschuss nimmt vom Bericht der Verwaltung zum Stand der Provenienzforschung an den Museen der Stadt Regensburg Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 7 **Sachstandsbericht der städtischen Museen und Sammlungen zum Thema NS-Raubkunst;**
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13.01.17
Vorlage: VO/17/12830/44

Diskussion:

Siehe Diskussion zu TOP 6

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer stellt fest, der Antrag ist nach Bericht der Verwaltung erledigt.

Fr. Stadträtin Neuner stimmt dem im Namen der SPD-Stadtratsfraktion zu.

Der Antrag ist durch Bericht der Verwaltung erledigt.

Schlussblatt

zur Niederschrift

für die Öffentliche Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Regensburg am Donnerstag,
02.02.2017

Die Vorsitzende schloss die Sitzung um 17:36 Uhr.

die Niederschrift umfasst Blätter.

Regensburg, 02.02.2017

Vorsitz

Schriftführerin

Gertrud Maltz-Schwarzfischer
Bürgermeisterin

Kathrin Haselbeck